



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Volkswohlfahrtspflege für die Gesunden

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

hören, die Weltherrschaft gehören wird, wenn wir zusammenstehn und nicht zur Freude Englands, Frankreichs oder Japans getrennte Wege verfolgen, liegt auf der Hand. Schon das fundamentale Gesetz der Selbsterhaltung sollte uns zusammenführen, ganz abgesehen davon, daß eine Annäherung auch wirtschaftlich die günstigsten Folgen für beide Länder haben würde. Wir nehmen den Amerikanern für eine Milliarde Mark Waren ab und liefern ihnen solche im Werte von einer halben Milliarde. Es ist sehr wohl denkbar, daß wir in Zukunft noch einen großen Teil der Waren, die wir beiderseits jetzt mit England austauschen, künftighin bei einer entsprechenden Gestaltung unsers Handelsvertrags uns einander liefern und unsern Handelsumsatz lukrativer gestalten könnten. Wirtschaftliche Gewinne würden also Hand in Hand gehn mit der durch unsre politische Annäherung mit fast absoluter Sicherheit erreichten Sicherung des Weltfriedens, von dem allein unsre Zukunft abhängt. Was des Zaren Abrüstungsvorschlag auf der Haager Konferenz nicht vermocht hat, was alle Friedensvereine der Erde nicht zustande bringen werden, das wird sich aus einem politischen Rückversicherungsvertrage der Vereinigten Staaten und Deutschlands ergeben: die Kriege werden nicht aufhören, aber sie werden seltner, ja für absehbare Zeit sogar fast unmöglich werden. Wie einst die pax romana wird eine pax teutonica herrschen.



Volkswohlfahrtspflege für die Gesunden



chließlich steht und fällt die Zukunft unsers Vaterlandes doch mit der Frage, ob es gelingt, ein in der Hygiene nicht verweichlichtes und verzärteltes, sondern ein körperlich derbes, den Unbilden der Natur und der Arbeit gewachsenes Geschlecht heranzuziehen, und ob es möglich ist, in diesem corpus sanum eine sana mens zustande zu bringen, d. h. eine mens, in der das Bildungsbedürfnis nicht mit der letzten Klasse der Volksschule abschließt, sondern der die Ausbildung nationaler Charakterstärke selbstverständliche Lebensaufgabe ist, die in dem für jeden notwendigen und berechtigten Drange nach Lebenslust und Lebensfreude, in der Veredlung des Vergnügens keinen Abbruch, sondern einen Zuwachs erhält!

So sprach am 6. April dieses Jahres im preussischen Abgeordnetenhaus der neue Minister des Innern, von Bethmann-Hollweg, bei der Beratung des Antrags auf Errichtung eines Volkswohlfahrtsamts. „Ein in der Hygiene nicht verweichlichtes und verzärteltes Geschlecht!“

Damit ist der Finger in eine bedenkliche Wunde gelegt. Der Redner selbst hat sich gegen den Verdacht verwahrt, als wolle er raten, in der Fürsorge für die Schwachen und Kranken nachzulassen; er will nur ermahnen, in der Fürsorge für die Gesunden Unterlassenes nachzuholen. Aber liegt nicht in dem Hinweis auf die Unterlassung der Vorwurf einer schädlichen Einseitigkeit gegen die bisherige soziale Fürsorge? Es wäre töricht, ihn kurzweg für grund-

los zu erklären; man muß vielmehr prüfen, wie weit er berechtigt ist. Es ist nun einmal nicht anders: starke Strömungen im Volksleben führen, insbesond're wenn sie sich praktisch auswirken, immer zu einer einseitigen Entwicklung, und damit sind selbst die besten Bestrebungen dem tragischen Geschick unterworfen, daß sie neben den nützlichen auch schädliche Folgen haben. Darum muß auch von dem warmherzigsten Sozialreformer verlangt werden, daß er für unerwünschte Wirkungen seiner Tätigkeit ein offnes Auge habe.

Die mit den Verhältnissen, wie sie sich unter der Herrschaft unsrer sozialpolitischen Gesetzgebung ausbilden, am unmittelbarsten vertrauten Personen, die Ärzte, wissen von solchen Erscheinungen viel Unerfreuliches zu berichten. Mehr und mehr verbreitet sich in der Arbeiterschaft eine wahre Sucht, in den Besitz einer Staatsrente zu gelangen. Daß zu diesem Zwecke viel Simulation getrieben, daß sogar — hoffentlich aber doch nur in vereinzelt Fällen — zur Selbstverstümmelung gegriffen wird, ist, wenn auch betrübend, so doch nicht gerade überraschend; weit schlimmer und von dem Gesetzgeber sicherlich nicht vorhergesehen ist die Beobachtung einer immer häufiger auftretenden, von betrügerischer Absicht vollkommen freien Neigung, sich invalide zu fühlen. Man hat für diese durchaus eigentümliche Krankheit schon den Namen der Rentenhysterie eingeführt, leider nur allzu berechtigt und allzu treffend! Über die Gefahr, die damit für die Zukunft unsers Volkes heraufzieht, kann man nicht ernst genug nachdenken. Was soll ein Geschlecht im Wettkampf der Nationen leisten, das das Vertrauen zu seiner eignen Kraft verloren hat?

Leider ist es nicht eine übereifrige Hygiene allein, was die Gefahr heraufbeschwört. Mit ihr wirkt zusammen der unser öffentliches Leben in immer weitem Kreise erfassende demagogische Zug der Massenumschmeichlung. Um sich bei den Arbeitern in Gunst zu setzen, wetteifern die Parteien in Vorschlägen zur Besserung ihrer Lage. Das wirkliche Elend, in dessen Anerkennung alle Vernünftigen einig sind, genügt dem Reformdrange der ungestümen Weltverbesserer nicht; man findet, daß Lebenslagen und Betätigungsformen menschenunwürdig, unerträglich sind, die sich in der harten Notwendigkeit des Wirtschaftsgetriebes überhaupt nicht vermeiden lassen. Schließlich erscheint die körperliche Arbeit an sich als ein Übel. Man vergißt, daß alle Kulturentwicklung ein steter Kampf mit Widerständen ist, ein Kampf, der erfolgreich nur geführt werden kann bei unausgesetzter Überwindung der in der Menschennatur liegenden Macht der Trägheit, des Unlustgefühls gegenüber aller Anstrengung. Man redet viel von dem Recht auf Arbeit, niemals aber von der Pflicht zur Arbeit. Das Verhältnis freier Übereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, kraft dessen der Arbeiter gegen einen bestimmten Lohn eine bestimmte Arbeit zu leisten gebunden ist, wird dargestellt als ein Zustand empörender Sklaverei. So wird dem Arbeiter gewissenlos eine Unzufriedenheit mit seiner Stellung in dem Organismus der Gesellschaft suggeriert, die ihm jede Freude an seinem Beruf unmöglich machen muß. Die kräftigern Naturen werden mit Notwendigkeit zu dem Bestreben getrieben, ihre Fesseln früher oder später mit Gewalt zu sprengen; allen aber gilt als oberste Lebensregel: so wenig wie möglich Arbeit und so viel wie möglich Genuß. Der Arbeitgeber erscheint ihnen als

der natürliche Feind, den ihnen bekämpfen zu helfen der Staat verpflichtet ist. Soweit dabei die gegebene Rechtsordnung im Wege steht, muß sie geändert werden. Daß der Arbeiter das von ihm eingegangne Vertragsverhältnis nach seinem Ermessen zu brechen befugt ist, erscheint ihnen selbstverständlich. Ein Eingreifen des Staates zur Respektierung dieses Verhältnisses nennt man ein Verbrechen. Dagegen ist es die vornehmste Aufgabe der Gesetzgebung, die Bedingungen des Arbeitsvertrags so zu regeln, daß nicht die Erreichung des ausgiebigsten Arbeitsprodukts, sondern die größtmögliche Entlastung des Arbeiters als der eigentliche Zweck erscheint. Kurz, der gesunde Gedanke des notwendigen gesetzlichen Arbeiterschutzes wird bis zur Karikatur übertrieben.

So drängt man mit einer Art unbewusster Planmäßigkeit einer verhängnisvollen Entwicklung zu. Man zwingt die Arbeiter beinahe, sich elend zu fühlen. Und seltsam genug, nur zu oft sind es dieselben Leute, die die Verelendungstheorie der Sozialdemokratie verhöhnern und ihr zugleich durch ihr eignes Tun eine neue Stätte bereiten! Von der Gefahr, daß man auf diese Weise die Propaganda der Umsturzpartei fördert, statt ihr entgegenzuarbeiten, soll hier gar nicht die Rede sein; noch schlimmeres Unheil steht zu befürchten. Es ist immerhin denkbar, wenn auch bis jetzt wenig wahrscheinlich, daß die politische Revolutionspartei, als die sich die heutige Sozialdemokratie darstellt, mit der Zeit von selbst auseinanderfällt und damit ihren Einfluß auf die Massen verliert; aber durch ein „in der Hygiene verweichlichtes und verzärteltes Geschlecht“ würde, auch wenn es noch so staatsstreu gesinnt wäre, geradezu die Existenzfähigkeit unsrer Nation in Frage gestellt werden. Wahrlich, es ist hohe Zeit, daß man sich besinnt! Die in die heutige sozialpolitische Schablone eingeschwornen und eingedrillten Parteien mögen freilich von solchen Warnungsrufen nichts hören. Kein geringerer als Graf Posadowsky hat allen Popularitätsbedenken zum Trotz den Mut gehabt, im Reichstag auf das Übel der Rentenhysterie und die damit verbundenen unabsehbaren Gefahren hinzuweisen; aber man sieht nicht, daß seine Worte in weiteren Kreisen ernsthaft beherzigt, geschweige denn zum Ausgangspunkt einer gesünderen Richtung genommen würden. Und gar jene Rede des Ministers von Bethmann-Hollweg hat man in dem Schwall parlamentarischer Rhetorik, in den sie mitten hineinfiel, fast unbeachtet zugrunde gehn lassen. Aber auf die Dauer kann und darf die Bequemlichkeit der herrschenden Routine die Erkenntnis der Schäden, von denen wir bedroht sind, nicht zurückdrängen; vielmehr muß und wird sich Gewissenhaftigkeit genug finden, die Pflicht nach rechtzeitiger Abhilfe allgemein zur Anerkennung zu bringen. Was in unsrer bestehenden sozialpolitischen Gesetzgebung zu geschehen hat, um nicht gewollte, dem Gemeinwohl verderbliche Wirkungen in Zukunft zu verhüten, wird spätestens zugleich mit der Frage einer einheitlichen Organisation der gesamten Arbeiterversicherungs-gesetzgebung zu entscheiden sein. Ohne Säumen aber kann und muß in Angriff genommen werden, worauf der preussische Minister des Innern die Blicke gelenkt hat: die Heranziehung eines „körperlich derben, den Unbilden der Natur und der Arbeit gewachsenen Geschlechts.“ Wir dürfen uns nicht immer nur um die Kranken und die Schwachen kümmern, auch an die Gesunden und die Starken müssen wir denken.

Der Gedanke an sich ist ja nicht neu. Oft genug hat man es in den sozialpolitischen Debatten, die seit Jahrzehnten unser öffentliches Leben beherrschen, ausgesprochen, daß die Haupt Sorge auf eine vorbeugende Tätigkeit gerichtet sein sollte, damit die Hilfsbedürftigkeit überhaupt nicht erst eintreten könne. Tatsächlich wird auch demgemäß gehandelt. Die Berufsgenossenschaften ergreifen Maßnahmen, die Unfallgefahr zu vermindern und so Unfälle nach Möglichkeit zu verhüten. Und die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung kann vernünftigerweise nur den Zweck haben, die Personen, die sie im Auge hat, vor Krankheit und Invalidität nach Möglichkeit zu bewahren. Hält sich die in diesem Sinne geübte Tätigkeit in den richtigen Grenzen, d. h. wird der Arbeiter nicht durch ein Übermaß einengender Vorschriften ängstlich und mißmutig gemacht, im Gebrauch seiner Tatkraft beschränkt und gelähmt, wird der wirtschaftliche Produktionsprozeß nicht in einem Maße gehindert, das die Rentabilität des Betriebes und damit auch das Einkommen der Arbeiter nachteilig beeinflussen muß, werden nicht, statt rein sachlicher, politisch-demagogische Zwecke verfolgt, so kann auf diesem Wege viel Segen für die Volksgesundheit geschaffen werden. Aber solche von Staats wegen erzwingene Tätigkeit samt allen hygienischen Maßnahmen, die auch über das Gebiet der Arbeiterfürsorge hinaus von dieser Seite ergriffen werden, stellt doch weitaus den geringsten Teil dessen dar, was zu leisten ist. Die Möglichkeiten der Pflege körperlicher und geistiger Gesundheit des Volkes sind schier unererschöpflich, und nichts wäre verkehrter, als mit ihrer Wahrnehmung und Ausnutzung auf das Eingreifen des Staates warten zu wollen. Wahrhaft Ersprießliches kann hier nur aus dem freien Antriebe der Privaten hervorgehn. Mit nur zu gutem Rechte hat sich der Minister von Bethmann-Hollweg dem gutgemeinten Vorschlage der Errichtung eines Volkswohlfahrtsamts gegenüber sehr zurückhaltend, wenn nicht durchaus skeptisch gezeigt. Wahrscheinlich hat ihn nur die Höflichkeitsrücksicht, bei seinem Debüt dem „hohen Hause“ ein freundliches Gesicht zu zeigen, verhindert, den unpraktischen Plan kurzweg abzuweisen. Die bunte Mannigfaltigkeit aller staatlichen, kommunalen, korporativen und privaten Wohlfahrtsbestrebungen in einem amtlichen Brennpunkte zu zentralisieren, würde die Freudigkeit des Schaffens auf diesem Gebiet eher lähmen als beleben heißen. Wo der Bureaokratismus am Platze und unentbehrlich ist, muß man sich in ihn finden; es gilt da nur, seinen Auswüchsen zu wehren. Wo man ihn aber nicht nötig hat, da soll man sich ihn vom Leibe halten. Als nützlich kann man sich ja eine zentrale Auskunftstelle vorstellen, an der die Erfahrungen gesammelt werden, um als guter Rat für die, denen darum zu tun ist, Verwendung zu finden. Von amtlichen und verbindlichen Direktiven aber darf man sich nicht viel versprechen.

Das gilt insbesondre von einem Gebiete, auf das Herr von Bethmann-Hollweg hindeutete, indem er von dem „notwendigen und berechtigten Drange nach Lebenslust“ und von „Veredlung des Vergnügens“ sprach. Dieser Hinweis kann kaum ernst genug beachtet werden. Der Minister hat dabei hauptsächlich an die Fürsorge für die schulentlassene Jugend gedacht. „Namentlich auf dem platten Lande,“ fügte er hinzu; aber in den Städten, meinen wir, läßt sie auch noch genug zu wünschen übrig. Gewiß, was den volkschulmäßigen

Fortbildungsunterricht anlangt, sind die Städte dem platten Lande voraus; aber mit der sonstigen Lebensgestaltung der Schulentlassenen steht es in ihnen nicht besser, in gewissen Punkten sogar schlechter als auf dem Lande. Um den Drang nach Lebenslust und Lebensfreude zu befriedigen, bietet sich den jungen Leuten in den Städten allerdings eine Fülle von Möglichkeiten, die den Gleichaltrigen auf dem Lande versagt ist; aber in demselben Verhältnis größer ist auch die Gefahr, auf Abwege zu geraten, auf denen die körperliche und die geistige Gesundheit zugleich — nur zu oft für das ganze Leben! — zuschaden kommen. Kann jemand leugnen, daß hier eine der allerwichtigsten Seiten der Volkswohlfahrt in Frage steht? Aber es ist klar, daß eine Regelung von oben herab auf keinen Erfolg zu rechnen hätte. Nicht einmal die Kirche — auch wenn ihr Einfluß auf die Massen noch größer wäre, als er tatsächlich ist — vermag hier etwas wesentliches. Sie kann zur Veredlung des Vergnügens ermahnen, aber nicht selbst das Vergnügen organisieren. Und wollte der Staat diese Aufgabe in die Hand nehmen, so würde das bei der in der heutigen Jugend schärfer als zu irgendeiner frühern Zeit ausgebildeten Abneigung gegen jede Bevormundung nichts als ein Schlag ins Wasser sein. Mit vollem Rechte meint deshalb Herr von Bethmann-Hollweg, daß das beste von der freien Tätigkeit des Volks erwartet werden müsse. Aber niemand kann sich darüber täuschen, daß diese Tätigkeit bisher nur in sehr ungenügendem Maße geleistet worden ist, zumal wenn man bedenkt, daß es sich hier keineswegs um eine Fürsorge für die Jugend allein handelt, sondern daß das natürliche und berechtigte Vergnügungsbedürfnis der ganzen breiten Masse der untern Volksschichten ins Auge zu fassen ist.

Es wäre ungerecht, wollte man verschweigen, daß es an gutgemeinten, ja begeisterten Versuchen zur Lösung der Aufgabe nicht gefehlt hat. Vor allem erinnert man sich der im vorigen Jahrzehnt eine Zeit lang mit außerordentlicher Energie betriebnen Bewegung zur Einführung und Förderung von Volksspielen. Ihr Mißerfolg lehrt uns, wie man es nicht machen soll. Bei aller aufopferungsvollen Hingebung an die Sache beging man den Fehler, das Ziel gleich zu hoch zu stecken. Man wollte das deutsche Volk periodisch zu einer Art olympischer Spiele versammeln. Heute hört man nichts mehr von dem heißen Streite um die Zweckmäßigkeit dieser Idee; vielleicht beglückwünschen ihre Urheber sich jetzt selbst dazu, daß sie nicht zur Ausführung gekommen ist. Was hätte, ernst gesprochen, die große Masse des Volkes davon haben sollen? Den allgemeinen deutschen Turn-, Schützen- und Sängereften wäre nur eine ähnliche Veranstaltung neu hinzugefügt worden, nur großartiger noch, vielleicht auch veredelter. Aber die Leute, die diese großen Feste, deren nationaler Wert durchaus nicht verkannt werden soll, zu besuchen in der Lage sind, gehören zum allergrößten Teil einer Gesellschaftsstufe an, die einer Fürsorge, wie wir sie hier erörtern, nicht erst bedarf. Das Vergnügungsbedürfnis des arbeitenden Volkes — um uns dieses wenig glücklichen, aber nun einmal allgemein gebräuchlichen Ausdrucks zu bedienen — kann nur in engem örtlichem Rahmen seine Befriedigung finden. Hier gilt es, energisch und mit warmem Herzen Hand anzulegen. Der Möglichkeiten, dies zu tun, bieten sich übergenug. Man

kann an bestehende Vereine anknüpfen, kann althergebrachte Lokalfeste zweckmäßig benutzen, man kann mit und ohne neue Vereinsbildung dem Publikum bessere Vergnügungen, insbesondre geistige Genüsse, zugänglich machen. Die Hauptsache ist nur — und das kann nicht nachdrücklich genug betont werden —, daß sich die sozial Höherstehenden nicht zu gut dazu dünken, diese Arbeit auf sich zu nehmen, und sich mit den andern in ungezwungner Gemeinsamkeit des Genusses zu freuen.

Da aber hapert es. Man redet soviel von der „Gleichberechtigung“ der Arbeiter. Aber wie viele von denen, die in Büchern und Zeitungen, auf der parlamentarischen Tribüne und in Versammlungen aller Art so begeistert und überzeugend über dieses Thema zu deklamieren wissen, sind bereit, sich — und etwa noch ihre Familien dazu! — mit dem „kleinen Manne“ zusammenzusetzen wie Mensch zu Mensch, durch ein gemeinsames Gefühl des Wohlbefindens mit ihm verbunden zu sein? Es sei denn, daß gerade die Reichstagswahlen nahe bevorstünden! Nur eine vollständige Verkennung des wahren Empfindens der untern Schichten kann wähen, ihren Anspruch auf Menschenwürde mit dem ewigen Ruf nach Vermehrung der Rechte der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber Genüge zu tun. Der Hezmethode einer gewissen Richtung wird damit allerdings Vorschub geleistet; aber die Mehrheit der Arbeiter ist noch immer verständig genug, über die Erfüllbarkeit der Versprechungen dieser Richtung höchst mißtrauisch zu denken. Mit wirklicher Bitterkeit dagegen empfindet es die breite Masse ohne Unterschied, in den rein menschlichen Beziehungen wie eine untergeordnete Rasse behandelt zu werden. Da recht eigentlich ist der Punkt, wo ange setzt werden muß, wenn man zu einem erspriesslichen Ausgleich der sozialen Gegensätze gelangen will.

Es gibt Leute der höhern und der höchsten Gesellschaftskreise, die sich an ihrem Schreibtisch mit heißem Bemühen den Kopf zerbrechen über das „konstitutionelle System,“ das sie im Arbeitsverhältnis durchgeführt sehen möchten, die aber, auch wenn sie es wollten, außerstande sind, mit dem Arbeiter gesellig zu verkehren. Und andererseits kann jeder, der sich im wirklichen Leben unbefangen umsieht, nicht selten den Fall beobachten, daß ein Arbeitgeber, der in seinem Betriebe mit aller Strenge auf die Wahrung seines, wie man das heute so gehässig nennt, „Herrenstandpunkts“ bedacht ist, außerhalb des Betriebs mit dem Arbeiter wie gleich zu gleich umgeht, an seinen Vergnügungen, ohne der eignen Würde etwas zu vergeben, teilnimmt, in allen Lagen sich als seinen Freund erweist. Auf welcher Seite ist da wohl das größere Verdienst um das wahre Wohl des Arbeiters? Es handelt sich nicht um die Wiederherstellung des „patriarchalischen Systems,“ wohl aber um die Pflicht der höher Gebildeten, die untern Schichten zu sich heraufzuziehen. Gewiß ist die Aufgabe nicht leicht. Unter dem Einflusse der planmäßig betriebnen Verschärfung des Klassengegensatzes stehen diese Schichten den andern mit Mißtrauen, ja mit ausgesprochener Feindseligkeit gegenüber; die Sozialdemokratie wacht mit Argusaugen, um eine harmlos-menschliche Annäherung zwischen beiden Teilen zu verhüten. Das gibt nur zu vielen den willkommenen Vorwand zu der Erklärung, es sei nutzlos, eine gesellige Gemeinschaft mit Leuten zu suchen, die eine Gemeinschaft gar nicht

wollen. Wie oft verbirgt sich hinter diesem Vorwande der Widerwille, in Regionen hinabzusteigen, deren Anschauungen und Gepflogenheiten unserm Empfinden ein Mißbehagen einflößen! Dieser ästhetischen Bequemlichkeit muß man mit Bethmann-Hollweg das alte Wort entgegensetzen: nihil humani a me alienum puto. Wer die edle Vorurteilslosigkeit dieses Ausspruchs im tiefsten Grunde erfasst und in sich selbst verwirklicht, der wird leicht die Brücke zu den scheinbar verstockten Herzen finden. Es ist soziale Kleinarbeit, die unauffällig, ohne zur Schau getragene Absicht, die verstimmt, auch ohne Schablone, nur wie die Mannigfaltigkeit des Lebens die Gelegenheit gibt, human, aber ohne gravitatische Herablassung getan sein will.

Wer ernstlich über diese Dinge nachdenkt, muß erkennen, wie unendlich viel auf diese Weise geschehen könnte, und wie wenig, verhältnismäßig zum mindesten, in Wirklichkeit geschieht. Darum ist es dankenswert, wenn von weithin sichtbarer Stelle mit überzeugender Wärme darauf hingewiesen wird. Jeder sollte an diesem Werke mitarbeiten, denn jeder, wenn er nur will, hat die Möglichkeit dazu. Und auch der schlichteste, aber ehrliche Mitarbeiter darf die Genugtuung empfinden, für die körperliche und geistige Gesundheit der Einzelnen und des ganzen Volkes mehr getan zu haben als mancher, der in hochmütigem Dünkel für alles soziale Weh der Menschheit die erlösende wissenschaftliche Formel gefunden zu haben behauptet.



Wolkenkuckucksheim

Aus der bibliothekarischen Praxis



Wenn jemand den Ast abzuzägen versucht, auf dem er sitzt, so macht das in der Regel auf den Zuschauer einen tragikomischen Eindruck; wenn es ihm aber trotz aller Mühe durchaus nicht gelingen will, so überwiegt die Komik. Das wird der Fall sein, wenn wir einen Vorschlag prüfen, der im November vorigen Jahres auftauchte, und den eigentlich niemand ernst nehmen sollte. Es handelt sich nämlich um den Vorschlag einer „Zentralisierung aller Katalogarbeit“ (zunächst der preussischen Staatsbibliotheken), den der Breslauer Bibliotheksdirektor Erman, der verdienstvolle Mitbegründer des Vereins deutscher Bibliothekare, im Zentralblatt für Bibliothekswesen 1904, S. 481 bis 491 veröffentlicht hat, zu dem sich in den folgenden Hefen schon ein halbes Duzend Fachgenossen geäußert hat, und der obendrein auf der nächsten Bibliothekarversammlung in Posen zu Pfingsten dieses Jahres zur Erörterung gestellt ist. Hoffentlich läßt sich dort die Mehrheit nicht darauf ein, an dem vergeblichen Astabzägen mitzuhelfen. Denn anders kann und darf man den Vorschlag nicht bezeichnen, der in seinen letzten Konsequenzen wissenschaftlich gebildete Bibliothekare gänzlich überflüssig macht, da die Hauptarbeit besser von gelehrten Spezialisten für jedes einzelne Wissenschaftsgebiet geleistet werden kann. Der Geschäftsgang,